Rundbrief 01 / 13

attac

Reichtum ist wie Mist:

Auf einem Haufen stinkt er – gut verteilt bringt er das Land zum Blühen!



Misthaufen-Aktion vor dem Bundestag, Foto: www.echtfotografie.de

Inhalt

1 EUR 50

Die neoliberale Globalisierung hat die Finanzmärkte entfesselt. Seit diese die Weltwirtschaft dominieren, können gigantische Profite in Sekundenschnelle erzielt werden. Damit wächst auch die Kapitalmasse, die auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten um die Welt zirkuliert. Alles, was Profite bringt, wird der Rentabilität unterworfen, die Welt wird zur Ware degradiert. Ständig kommt es dadurch zur Herausbildung spekulativer Blasen, die jedoch zwangsläufig platzen müssen. Da die produzierende Wirtschaft und die Finanzindustrie eng miteinander verwoben sind, war die globale Wirtschaftskrise ein logischer nächster Schritt. Die Wirtschaftskrise sowie die gigantischen, spektakulären Bankenrettungsaktionen wiederum haben die öffentlichen und privaten Haushalte so sehr belastet, dass eine Schuldenkrise folgte.

Die europäische Schuldenkrise stellt eine neue Qualität der Umverteilung dar. Mit Hilfe des ESM und des Fiskalpakts werden Staaten vermehrt in die Haftung für die Krisenlasten genommen, soziale Sicherungssysteme zerschreddert und immer mehr Menschen in die Armut getrieben. Die Lasten der Krisen werden auf die Bevölkerung abgewälzt.

Doch die neoliberale Globalisierung hat nicht nur auf der Ebene der Finanzmärkte die Konzentration von Kapital in den Händen Weniger vorangetrieben. Seit über 15 Jahren steigen die Profite der Konzerne bei gleichzeitiger Senkung der Löhne und Gehälter der Beschäftigten. Auf der staatlichen Ebene haben die Senkungen der Steuerabgaben für Reiche und Großbetriebe bei gleichzeitiger Erhöhung der Massensteuern zu einer wachsenden Belastung der GeringverdienerInnen und des Mittelstandes geführt. Auf der globalen Ebene profitieren Konzerne und Banken durch Nahrungsmittelspekulation, Landgrabbing und durch massive Ausbeutung billiger Arbeitskräfte.

Die Forderung nach einer umfassenden Umverteilung von oben nach unten ist deshalb nicht nur strategisches Element, um die soziale Frage in der europäischen Krise ins Zentrum zu stellen. Sie soll die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung auf der Ebene des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, der Finanzen, der Steuerpolitik umkehren. Damit lösen wir zwar nicht die systemischen Krisen des Kapitalismus, machen jedoch Korrekturen hin zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. Attac hat ein eigenes Umverteilungskonzept entwickelt, das die Gewinner der neoliberalen Globalisierung, die oberen ein Prozent, besonders in den Fokus der notwendigen Umverteilungsmaßnahmen nimmt.

Mit diesem eigenen inhaltlichen Profil beteiligt sich Attac sowohl im Blockupy- und Umfairteilungs-Bündnis als auch bei der Organisation des Umverteilungskongresses im Mai in Berlin. Zwischen den verschiedenen Spektren will dabei unser Netzwerk Bindungspartner sein, aber auch durch Aufklärung und Aktionen unsere globalisierungskritischen Inhalte deutlich machen.

Bruno Marcon, Mitglied im Attac-Rat

www.attac.de/umverteilen

Zwei Bündnisse, ein Ziel

Das Bündnis Umfairteilen und Blockupy mobilisieren gegen die wachsende Ungleichheit in Europa

Dagmar Paternoga und Roland Süß sind für Attac in den beiden großen Bündnissen, die für dieses Frühjahr eine Reihe von Aktionen gegen die Austeritätspolitik der Bundesregierung und der EU-Troika vorbereiten. Das Bündnis Umfairteilen plant einen dezentralen Aktionstag am 13. April, einen inhaltlichen Kongress am 25. und 26. Mai und eine zentrale Demonstration im Herbst 2013. Das Blockupy-Bündnis ist am 31. Mai und 1. Juni wieder mit zivilem Ungehorsam vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main aktiv.

Auf den ersten Blick haben die beiden Bündnisse wenig gemeinsam, und doch scheint die inhaltliche Ausrichtung ganz ähnlich. Wie seht ihr das?

Dagmar: Für mich sind das Bündnis Umfairteilen und Blockupy zwei Seiten einer Medaille. Attac ist vor über 10 Jahren mit der Parole angetreten: „Eine andere Welt ist möglich". Heute heißt das, zusammen mit vielen anderen die Weichen umzustellen hin auf ein soziales, solidarisches und demokratisches Europa. Das Bündnis Umfairteilen, an dem sich Gewerkschaften, Sozialverbände und NGOs beteiligen, hat die Chance, die Kritik an der Kürzungspolitik in die Mitte der Gesellschaft zu tragen, während Blockupy mit seinen starken Signalen für Aktionen des Zivilen Ungehorsams einer breiten Öffentlichkeit Alternativen vorstellen kann, die deutlich über das hinaus gehen, was das Bündnis Umfairteilen fordert.

Die Kürzungspolitik, die den SüdeuropäerInnen aufgezwungen wird, folgt heute derselben Logik wie die Strukturanpassungsprogramme, die die Schuldenländer der Dritten Welt in den achtziger und neunziger Jahren ausgeblutet haben. Das macht die Krise nur noch schlimmer. Deshalb wollen wir mit den Bündnissen Umfairteilen und Blockupy die Menschen wach rütteln.

Roland: Sicher ist das Blockupy-Bündnis mit seinen kapitalismus-kritischen Positionen insgesamt deutlich links von Umfairteilen aufgestellt. Aber es gibt ganz klare inhaltliche Klammern zwischen beiden Bündnissen: Es geht darum, die Verteilungsprobleme und die Dimension der Ungleichheit auch im europaweiten Rahmen aufzuzeigen. Die Krise in Südeuropa hat doch ihre Ursachen gerade in der deutschen Wirtschaftspolitik. Deutschland hat sich durch das Sozialdumping der Agenda 2010 einen Wettbewerbsvorteil gegenüber seinen europäischen Partnern verschafft, um seine hohen Exportüberschüsse zu halten. Und jetzt soll diese Kürzungspolitik exportiert werden. Dabei geht es der Troika wie früher dem IWF einzig darum, die Schuldenzahlungen abzusichern – Schulden, die sich ja gerade wegen der deutschen Exportüberschüsse angehäuft haben. Deshalb wird auch die EZB wieder Ziel unserer Protestaktionen im Mai sein.

Gegen den herrschenden Diskurs ist es auch in diesem Jahr wichtig und richtig, die Proteste auf die Straße zu bringen. Und Blockupy 2012 hat gezeigt, dass sich Widerstand nicht verbieten lässt, dass die Strategie der Kriminalisierung ins Leere läuft, wenn die Proteste gut vorbereitet sind. Die sozialen Bewegungen in den südeuropäischen Krisenländern nehmen die Proteste in Deutschland durchaus als Signal der Solidarität wahr. Daher kamen auch Tausende von ihnen im letzten Jahr nach Frankfurt.

Die Beteiligung am Bündnis Umfairteilen, das auch SPD und Grüne unterstützen, war ja in Attac nicht unumstritten. Aber ihr habt euch auf dem letzten Ratschlag doch wieder im Konsens geeinigt.

Dagmar: Für Attac ist die Arbeit in Bündnissen wesentlich für den Charakter als Netzwerk. Wir haben auf dem letzten Ratschlag im Herbst 2012 in Köln beschlossen, im Bündnis Umfairteilen zu bleiben und mit einer eigenen Kampagne die Attac-Schwerpunkte nach vorne zu tragen. Eine klare Positionierung für eine massive Vermögensumverteilung und gegen die bestehende neoliberale Krisenpolitik, die Sozialkahlschlag und Demokratieabbau bedeuten, ist dafür unerlässlich. Die Krise wird in Europa von den Herrschenden – hier ist vor allem Deutschland führend – für einen Angriff von historischem Ausmaß gegen soziale Rechte und Demokratie genutzt. Unsere Forderungen nach einer europaweiten Vermögensabgabe, Wiedereinführung von Vermögenssteuern, nach einer Solidarischen Bürgerversicherung, die alle Einkommen einbezieht, und der Abschaffung privater Kranken- und Rentenversicherungen, zielen darauf, Kapitalmassen aus den Finanzmärkten und aus der Spekulation abzuziehen. Zudem braucht es ein entschiedenes Vorgehen gegen Steuerhinterziehung und die Schließung der Steueroasen. Europaweit müssen Vermögen nach unten umverteilt werden – und nicht die Kosten der Krise.

Aber es geht uns auch um Umverteilung zwischen dem globalen Norden und dem Süden. Die Klimakrise und die zunehmende Ressourcenknappheit lassen einen Ausweg mittels Wachstum nicht mehr zu. Diese internationalen Dimensionen werden wir mit anderen Attac-Gruppen und vielen anderen sozialen und ökologischen Bewegungen beim Weltsozialforum in Tunis im März und auch am Alter Summit in Athen im Juni diskutieren. Wir können dazu beitragen, dass die vielen Proteste, die weltweit gegen die katastrophale Umverteilung von unten nach oben stattfinden, von den Medien nicht mehr totgeschwiegen werden können.





Interview: **Lena Bröckl**

Plündern statt retten

Hinter der Fiskal- und Wirtschaftsunion verbirgt sich ein neoliberaler Umbau von Eurozone und EU



Foto: Jakob Huber

Mit der Eurozonen-Krise wurde nicht nur das Regime der Troika (Europäische Zentralbank, EU-Kommission und Internationaler Währungsfonds) in Griechenland, Portugal und Irland durchgesetzt, sondern auch eine Flut von neuen Regelwerken und Verträgen, die die neoliberale Kürzungspolitik auf die gesamte Eurozone ausweiten. Als nächstes steht die „Fiskal- und Wirtschaftsunion" auf der Agenda.

Europäisches Semester, Six-Pack, Euro-Plus-Pakt, Two Pack und Fiskalpakt – diese neuen Regelsysteme verfolgen vor allem zwei Ziele: erstens öffentliche Ausgaben zu drücken und zweitens neoliberale „Strukturanpassungsmaßnahmen" in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen. Dass zwischenstaatliche Verträge wie der Fiskalpakt außerhalb des europäischen Rechtsrahmens stehen und mit sogenannten „Memoranden" die Verfassungen der Mitgliedstaaten de facto ausgehebelt werden, zeigt den autoritären Charakter der Krisenpolitik.

In den Jahren 2008/09 federte die Bundesregierung die Krisenfolgen hierzulande mit umfangreichen Konjunkturprogrammen und einer ausgeweiteten Kurzarbeiterregelung ab. Angeblich habe man aus der Krise von 1929 „gelernt". Seit spätestens 2010 ist die Bundesregierung Motor eines entgegengesetzten Kurses: Die deutsche Arbeitsmarktpolitik à la Agenda 2010 wird zum Exportartikel in die krisengeschüttelten Länder. Überall heißt es kürzen, kürzen, kürzen. Offizielle Begründung all dieser Maßnahmen: die Rettung des Euro. Tatsächlich geht es der Bundesregierung und den verbündeten europäischen Eliten darum, die Krise als Chance zu nutzen, um die Machtverhältnisse in den europäischen Gesellschaften zu verschieben: zulasten der ArbeitnehmerInnen und TransferempfängerInnen, zugunsten der Reichen und Superreichen. Die augenblicklich konstatierte „Ruhephase" der Eurozonenkrise ist kaum auf eine vermeintlich erfolgreiche Krisenpolitik zurückzuführen, sondern hat mit der Intervention der EZB zu tun. Einer Intervention, die von der Bundesregierung lange Zeit blockiert wurde.

Nächster Schritt: Die Fiskal- und Wirtschaftsunion

In den kommenden Monaten und Jahren soll der neoliberale Umbau der Eurozone und der EU mittels der „Fiskal- und Wirtschaftsunion" forciert werden. Auf europäischer Ebene liegen u.a. folgende Vorschläge auf dem Tisch:

- Strengere Kontrolle der Haushalte der Mitgliedsländer durch die EU-Kommission;
- Finanzielle Belohnung der Länder, die „Strukturanpassungsmaßnahmen" umsetzen in Form eines Eurozonen-Budgets;
- Schaffung einer gemeinsamen Wirtschaftsunion mittels Verträgen, die zwischen EU-Kommission und den Mitgliedsstaaten abgeschlossen werden sollen.

Beim EU-Gipfel Mitte Dezember 2012 wurde die Frage eines speziellen Budgets für die Euro-Zone vertagt. Van Rompuy und andere haben diesen Vorschlag diskutiert, um damit die konsequente Umsetzung von Strukturanpassungsmaßnahmen zu belohnen. Für neue vertragliche Arrangements zwischen der EU-Kommission und den Mitgliedsländern sollen bis zum Juni-Gipfel indes konkrete Konzepte ausgearbeitet werden. Gegenstand dieser Verträge sollen detaillierte Verpflichtungen für neoliberale „Reformen" in allen wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Bereichen sein – inklusive Arbeitsmarkt und soziale Sicherungssysteme. Das Ziel dieser Verträge ist, Gestaltungsspielräume der nationalstaatlichen Parlamente auf diesen Feldern zurück zu drängen und dabei natürlich auch den Einfluss von Interessensgruppen wie Gewerkschaften oder Sozialverbände zu minimieren.

Das europäische Sozialmodell könne nach Darstellung von EU-Ratspräsident van Rompuy nur dann aufrecht erhalten bleiben, wenn die EU weiterhin weltweit wettbewerbsfähig bleiben würde. Folgt man der bisherigen Politik von Rat und Kommission, lässt dies nur den Schluss zu, dass die europäischen Regierungen der Logik folgen „Um das europäische Sozialmodell zu erhalten, müssen wir den Sozialstaat zerstören."

Umso wichtiger ist es jetzt, sich bei den anstehenden Mobilisierungen gegen die autoritäre Transformation der EU und die „Fiskal- und Wirtschaftsunion" stark zu machen.

Karsten Peters, Attac Koordinierungskreis
Alexis J. Passadakis, Mitglied im Attac-Rat

Mehr Infos:
www.attac.de/wirtschaftsunion
www.unsereuropa.at

Wenn nichts mehr geht

Ziviler Ungehorsam ist ein notwendiger Akt in einer lebendigen Demokratie



Foto: Karsten Peters

Der Aufruf zu und die Beteiligung an Aktionen Zivilen Ungehorsams sind in Attac Deutschland kein Konsens. Deshalb beteiligt sich das Netzwerk als Ganzes nicht an solchen Aktivitäten. Konsens innerhalb von Attac ist aber, dass Ziviler Ungehorsam eine Aktionsform ist, die wir nicht als solche verurteilen. Deshalb nehmen Aktive aus Attac, auch solche, die Funktionen auf Bundesebene haben, nicht nur immer wieder an Zivilem Ungehorsam teil. Oft sind sie auch mit verantwortlich für seine Vorbereitung und Umsetzung, worüber das Netzwerk dann öffentlich informiert.

Das könnte ein wenig unübersichtlich erscheinen oder wie eine sehr bemühte Auslegung unseres Konsensprinzips, das ja wirklich nicht immer einfach zu handhaben ist. Und in der Tat kommt es vor, dass einzelne Attacies irritiert sind, weil der eine oder die andere bekannte MitstreiterIn prominent in Aktionen Zivilen Ungehorsams auftaucht. Umgekehrt sind manche enttäuscht, wenn wir erklären, dass Attac zur Blockade da oder dort nicht aufruft. Bei dieser Entscheidung geht es weniger darum, ein vielfältiges Netzwerk aus sehr unterschiedlichen Menschen mit oft recht verschiedenen politischen Traditionen zusammenzuhalten, sondern es handelt sich um ein wesentliches Element des Zivilen Ungehorsams als solchem.

Wer Zivilen Ungehorsam praktiziert, trifft eine sehr klare persönliche Entscheidung: Er oder sie stellt fest, dass die in der Regel vorgesehenen Mechanismen zur Politikbeeinflussung im konkreten Fall nicht funktionieren. Das kann sehr verschiedene Gründe haben. Es kann sein, dass es als unakzeptabel eingeschätzt wird, dass es Nazis vom Demonstrationsrecht her erlaubt ist, ihre menschenverachtende Ideologie öffentlich zu propagieren. Es kann sein, dass Menschen Waffensysteme (wie die Mittelstreckenraketen in den 1980er-Jahren) oder Technologien (wie die Gen- oder Atomtechnik) für so gefährlich halten, dass sie dem Staat das Recht bestreiten, ihre Anwendung zuzulassen. Oder es kann sein, dass sie die Verletzung von Menschenrechten etwa durch Kriegseinsätze oder diktatorische Politik für so gravierend halten, dass sie nicht bereit sind, sie hinzunehmen.

Was immer der Hintergrund ist, Ziviler Ungehorsam ist von der Überzeugung getragen, dass so gravierende soziale Rechte auf dem Spiel stehen, dass nicht abgewartet werden kann, ob und wann Politik und Justiz sich dazu durchringen, sie zu sichern. Wer Zivilen Ungehorsam praktiziert, vollzieht also einen Akt der Selbstermächtigung. Solches Verhalten ist eine unbedingte Notwendigkeit in einer lebendigen Demokratie, aber die Aktionen stehen erst einmal nicht unter dem Schutz des Versammlungsrechts, eine Beteiligung stellt ein rechtliches Risiko dar. Über eine solche Entscheidung kann und muss man mit anderen diskutieren, sich genau beraten, aber treffen kann sie letztlich nur jede Person für sich selbst.

Dabei ist keineswegs klar, dass Ziviler Ungehorsam illegal ist. Höchste Gerichte, auch das Bundesverfassungsgericht, haben mehrfach geurteilt, dass Aktionen legitim, nicht strafbar, selten sogar im Prinzip versammlungsrechtlich akzeptabel sind. Auch in der Bevölkerung wird Ziviler Ungehorsam, etwa wenn es gegen Nazis oder Atompolitik geht, weitgehend als berechtigt angesehen. Das war nicht immer so, oft musste über Jahre hin eine politische Auseinandersetzung um die Legitimität geführt werden, ehe die öffentliche Zustimmung gewonnen war.

Das ist eines der Probleme, das wir mit Aktionen des Zivilen Ungehorsams gegen die Krisenpolitik bisher noch haben: Es ist bei vielen Menschen noch kaum ins Bewusstsein gedrungen, dass das Krisenmanagement der EU und der Bundesregierung Menschenrechte massiv angreift, Lebenschancen ganzer Regionen zerstört, teilweise Leib und Leben von Menschen gefährdet, etwa wenn die öffentlichen Gesundheitssysteme zerstört werden. Nazis, Gentechnik oder Militär werden von vielen Menschen als lebensbedrohlich wahrgenommen, Wirtschaftspolitik eher nicht – obwohl sie es ist.

Deshalb kommt es bei den Blockupy-Aktionstagen Ende Mai in Frankfurt darauf an, diesen Aspekt deutlich zu machen, und die Menschen zu ermutigen, die Schlussfolgerung daraus zu ziehen. Es geht nicht darum, Zivilen Ungehorsam als einzig mögliches und unbedingt von allen zu tragendes Mittel der Auseinandersetzung um das autoritäre Krisenregime zu erklären. Jede und jeder muss frei über eine Teilnahme entscheiden können. Deshalb kann Attac als Ganzes nicht dazu aufrufen, weil es eben Menschen bei uns gibt, die damit für eine Entscheidung in Anspruch genommen würden, die nicht die ihre war. Aber wenn sich viele, sehr viele zu Zivilem Ungehorsam entschließen, dann wird viel leichter deutlich, wie notwendig er ist.

Werner Rätz, Attac-Koordinierungskreis

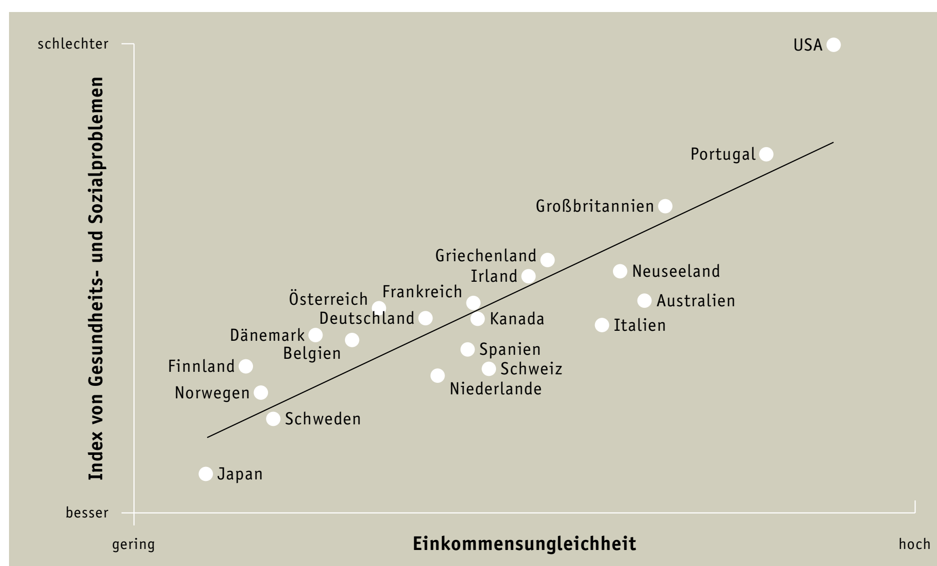
Ungleichheit macht krank

Einkommensunterschiede, soziale und gesundheitliche Probleme hängen zusammen

Die weltweite Einkommensumverteilung von unten nach oben in den letzten 30 Jahren ist nicht nur eine der wichtigsten Ursachen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie führt darüber hinaus innerhalb der betroffenen Gesellschaften zu gravierenden sozialen und gesundheitlichen Problemen, die nicht nur von den britisch-amerikanischen Forschern Richard Wilkinson und Kate Pickett in zahlreichen Untersuchungen nachgewiesen wurden.
Sie spaltet die Gesellschaft, fördert Vorurteile gegenüber ärmeren Menschen und trägt zur Entstehung rechtsradikaler Strömungen und Parteien bei.

Kosten der Ungleichheit – ausgewählte Beispiele

Wilkinson & Pickett haben die Folgen der Ungleichheit an zahlreichen Dimensionen untersucht: Niveau des Vertrauens, Psychische Erkrankungen, Alkohol- und Drogensucht, Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeit, Fettleibigkeit, Schulische Leistungen der Kinder, Teenager-Schwangerschaften, Selbstmorde, Zahl der Gefängnisstrafen und Soziale Mobilität. Den Zusammenhang verdeutlicht die Grafik, die die Variablen in einem Index bündelt:
Bezogen auf jeden einzelnen gesundheits- und sozialrelevanten Parameter zeigt sich nahezu das gleiche Bild: In fast allen Dimensionen schneiden ungleichere Gesellschaften schlechter ab (geringeres Vertrauensniveau, mehr psychische Erkrankungen, geringere Lebenserwartung …).
Die Erklärung für diese Unterschiede kann größerer sozialer Druck, der in ungleicheren Gesellschaften herrscht, sein. Einkommensungleichere Gesellschaften zeichnen sich durch größere Statusunterschiede aus (mehr Dominanz, Unterwerfung, Konkurrenz und Verlust an sozialen Kontakten). Der höhere Statusdruck, der Stress, mithalten zu müssen sowie die Angst vor sozialer Ausgrenzung, vor allem die tatsächlich erfolgenden Ausgrenzungen, können sich in den beschrieben Symptomen äußern, die sich negativ auf Psyche und Gesundheit sowie soziale Faktoren auswirken. Hierzu zwei Beispiele:



Index von Gesundheits- und Sozialproblemen im Verhältnis zur Einkommensungleichheit 2003–2006. Daten nach Wilkinson/Pickett (2009), www.equalitytrust.org.uk

Lebenserwartung

Gesundheitliche Probleme sind in einkommensgleicheren Gesellschaften weniger verbreitet. Die Lebenserwartung ist höher. Japan als das Industrieland mit der größten Einkommensgleichheit hat zugleich die höchste Lebenserwartung der Bevölkerung, während sich die USA und Portugal, Länder mit sehr hoher Einkommensungleichheit, am anderen Ende des Spektrums befinden. Dieses Ergebnis kommt nicht nur dadurch zustande, dass Menschen aus ärmeren Schichten früher sterben. Auch die Lebenserwartung der oberen 20 Prozent ist kürzer als in einkommensgleicheren Ländern.
Soziale Ungleichheit bewirkt starken psychischen Stress, der das Hormon-und Nervensystem sowie das Immunsystem beeinflusst. Nachgewiesen wurde dies u.a. beim Stresshormon Cortisol. Von allen Stressfaktoren bewirkt die Angst vor sozialer Abwertung den höchsten Cortisolausstoß.

Soziale Mobilität, Chancen(un-)gleichheit und Rechtsradikalismus

In gleicheren Gesellschaften wie den skandinavischen Ländern sind die Aufstiegschancen von Menschen aus unteren sozialen Schichten wesentlich höher als in vergleichsweise ungleicheren Gesellschaften wie den angelsächsischen Ländern. Je größer die Statusunterschiede, desto heftiger wird der Kampf um den Erhalt einer einmal erreichten Position und damit die Abschottung nach unten.
Mit größerer Ungleichheit wachsen deswegen auch die Vorurteile gegenüber sozial Schwächeren, die auf diese Weise in eine ausweglose Situation gedrängt werden.
Hierfür können die Jugendunruhen 2011 in London als Beleg herangezogen werden: Der Kolumnist der rechten Tageszeitung Daily Mail, Richard Littlejohn, gibt nur die Mehrheitsmeinung der britischen Mittel- und Oberschicht wieder, wenn er die Aufständischen als „Wolfsrudel von verwilderten Innenstadtstreunern“ bezeichnet, die wie Robben gekeult werden sollten.
Von der Diskriminierung sozial Schwächerer ist der Weg zu rechtsradikalen Tendenzen nicht mehr weit. Es ist deswegen kein Zufall, dass im von der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders betroffenen Griechenland rechtsradikale Einstellungen und Aktionen Auftrieb erhalten haben.

Kampagne „Umfairteilen“ als Chance

Die Kampagne „Umfairteilen“ leistet deswegen nicht nur einen Beitrag zur Lösung der Finanzkrise, sondern auch zur Verbesserung der sozialen und gesundheitlichen Situation.

Manfred Baberg, Attac-AG Soziale Sicherungssysteme



„Spar Dir das!“ am Commerzbank-Tower



Protest gegen Spekulation mit Nahrungsmitteln

Rückblick

29. Oktober 2012

Neues Aktionsbündnis ruft zum Bankwechsel auf

14 Organisationen und Initiativen haben sich im Bündnis „Bankwechsel Jetzt!“ zusammengeschlossen. Am Vortag des Weltspartages tritt das Bündnis erstmals an die Öffentlichkeit, um auf die schmutzigen Geschäfte von Großbanken aufmerksam zu machen. In acht Meter Höhe schwebt ein Großbanner über dem Eingang des Commerzbank-Towers in Frankfurt. „Spar Dir das!“ steht auf dem Transparent, darunter ist das Bild eines geröntgten Sparschweins zu sehen, in dessen Bauch Rüstungsgeschäfte, Deals in Steueroasen und Atominvestitionen stecken.

2. bis 4. November 2012

300 Aktive beim Attac-Ratschlag in Köln

Eine Kampagne für die Umverteilung von privatem Reichtum und der Widerstand gegen die europaweite Verarmungspolitik bilden den Schwerpunkt der Attac-Aktivitäten in den kommenden Monaten. Das beschließen rund 300 Aktive beim Attac-Ratschlag – der Bundesvollversammlung des globalisierungskritischen Netzwerkes – in Köln.

8. November 2012

Zocken mit Nahrungsmitteln: Protest vor Allianz-Türmen in Berlin

Aktive von Attac und Oxfam protestieren gegen die fortgesetzte Spekulation der Allianz mit Nahrungsmitteln. In blauen Anzügen, mit weißen Masken und Stoppschildern in den Konzernfarben ziehen sie vor die Allianz-Towers in Berlin.

8. November 2012

Mit großem Käse gegen Steuerabkommen

Mit einem großem Stück Käse protestiert das Bündnis „Kein Freibrief für Steuerbetrüger“, dem auch Attac angehört, vor dem Bundesrat gegen das geplante Steuerabkommen mit der Schweiz: Ein als Steuerbetrüger verkleideter Demonstrant lässt Geldbündel und Goldbarren in den vielen Löchern des Papp-Käses verschwinden. Bei der Aktion erklärt der nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans erstmals öffentlich, dass die SPD-Länder das Abkommen ablehnen werden.

11. November 2012

4000 bei europäischem Strategietreffen in Florenz

Mehr als 4000 AktivistInnen aus ganz Europa beschließen beim europäischen Strategietreffen Firenze 10+10, zum Generalstreik am 14. November, zum EU-Frühlingsgipfel im März in Brüssel sowie zu einem großen Alternativengipfel Anfang Juni in Athen zu mobilisieren. Das Treffen findet zehn Jahre nach dem ersten europäischen Sozialforum in Florenz statt.

13. November 2012

Protest gegen Camp-Räumung im Hambacher Forst

Attac protestiert gegen die Räumung des Camps im Hambacher Forst bei Köln. Seit April halten AktivistInnen der Anti-Kohlekraft-Bewegung Teile des Forstes besetzt, um eine Ausweitung des von RWE betriebenen Braunkohle-Tagebaus in der Region zu verhindern. Der Protest wird getragen von regionalen Initiativen und vielen unabhängig organisierten AktivistInnen, darunter auch Attacies.

22. November 2012

Bündnis legt Alternativen zu Steuerabkommen der Schweiz vor

Einen Tag vor der Abstimmung im Bundesrat über das Steuerabkommen mit der Schweiz legt das Bündnis „Kein Freibrief für Steuerbetrüger“, dem auch Attac angehört, einen Maßnahmenkatalog mit Alternativen zum Steuerabkommen vor. Die im Bündnis vertretenen Organisationen fordern die von SPD und Grünen geführten Bundesländer auf, das Abkommen im Bundesrat abzulehnen und effektive Maßnahmen gegen Steuerbetrug zu ergreifen.

8. Dezember 2012

Hessisches Attac-Regionaltreffen

Beim Attac-Regionaltreffen Hessen in der Uni Gießen erfahren Neueinsteiger, „wie Attac tickt“ und wie sie selbst aktiv werden können. AktivistInnen aus Attac-Ortsgruppen haben Gelegenheit, sich auszutauschen und die inhaltliche Debatte zu vertiefen. Der inhaltliche Fokus liegt auf „Hessen als Krisenmotor – und was wir dagegen tun können“.

13. Dezember 2012

Zeitbombe Wirtschafts- und Fiskalunion

Vor der EU-Vertretung in Berlin protestieren Attacies gegen die geplante neoliberale Wirtschafts- und Fiskalunion der EU. „Timebomb Fiscal and Economic Union. Austerity Blasts Europe!“ steht auf ihrem Banner. Zudem haben sie sich ihre Münder zugeklebt, um gegen ein Demonstrationsverbot während des EU-Gipfels in Brüssel zu protestieren.

16. Dezember 2012

Blockupy kommt wieder

120 AktivistInnen aus verschiedenen Spektren beschließen bei einem Planungstreffen in Frankfurt: Blockupy Frankfurt kommt wieder – und zwar am 31. Mai und 1. Juni 2013.

19. Dezember 2012

Attac macht Vorschläge zur Neuregulierung der Finanzmärkte

Die bundesweite Attac-Arbeitsgruppe Finanzmärkte und Steuern stellt ein umfassendes Konzept für die Regulierung der Finanzmärkte vor. Das 14-seitige Papier ist unter der Beteiligung von BankexpertInnen, ÖkonomInnen



Misthaufen vor dem Bundestag, Foto: www.echtfotografie.de


Blockupy kommt wieder.

und VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen erarbeitet worden.
http://kurzlink.de/PapierFinanzmaerkte

3. Januar .2013
Misthaufen vor dem Bundestag abgeladen
Attac-AktivistInnen verleihen ihrer Forderung nach sozialer Gerechtigkeit Nachdruck: Als LandwirtInnen verkleidet laden sie vor dem Bundestag eine große Fuhre Mist ab – daneben prangt ein Banner mit der Aufschrift „Reichtum ist wie Mist: Auf einem Haufen stinkt er – gut verteilt bringt er das Land zum Blühen." Zuvor hat Attac fürs Frühjahr eine breite Mobilisierung für Umverteilung sowie weitere Proteste gegen die europaweite Verarmungspolitik angekündigt.

22. Januar 2013
Deutsche Bank: Im Zweifel gegen die Hungernden
Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft protestiert Attac gegen die Ankündigungen von Deutscher Bank und Allianz, weiter mit Agrarrohstoffen zu spekuliere. Hunger hat viele Ursachen – eine hat ihren Ursprung in den klimatisierten Wettbüros der Finanzindustrie. Es ist unbestritten, dass Spekulation die Preisschwankungen erhöht. Doch für Allianz und Deutsche Bank gilt: im Zweifel gegen die Hungernden.

22. Januar 2013
EU-Finanzminister beschließen Finanztransaktionssteuer
Es ist der entscheidende Durchbruch für die Attac-Gründungsforderung: Die EU-Finanzminister beschließen, die Finanztransaktionssteuer (FTS) zunächst in elf europäischen Ländern einzuführen. Jetzt gilt es weiter dranzubleiben: Um ein Verwässern der Steuer zu verhindern und sicherzustellen, dass sie für Armutsbekämpfung und Klimaschutz weltweit eingesetzt wird, ist Druck von unten nötig.

Ausblick

22. bis 24. Februar 2013
Finanzmarkttagung: Deutschland in der Euro- und Europakrise
Das Vertrauen in die Politik, die Banken und die Zukunft Europas schwindet zunehmend. Die Finanzmarktagung im Katholisch-Sozialen Institut in Bad Honnef will mögliche Wege aus der Krise aufzeigen und auch Anregungen zum konkreten Engagement geben. Unter den ReferentInnen sind auch ExpertInnen von Attac.

23. Februar 2013
Regionaltag Niedersachsen / Bremen
Der Attac-Regionaltag Niedersachsen/Bremen ist ein Angebot für alle Attacies und Interessierte aus der Region. Ob aktiv oder nicht, ob neugierig oder erfahren – der Regionaltag bietet die Chance, mehr zu erfahren über Attac, die Attac-Gruppen in den beiden Bundesländern und die Themen, an denen sie arbeiten.

13. April 2013
Dezentraler Umfairteilen-Aktionstag
Im September 2012 ist es gelungen, in mehr als 40 Städten Aktionen für eine gerechte Verteilung des Reichtums auf die Beine zu stellen. Daran knüpft das Bündnis Umfairteilen an: Das Wahljahr 2013 soll auch ein Jahr der gesellschaftlichen Debatte um Umverteilung werden.Am 13. April ist es wieder soweit: In Dutzenden von Städten sollen Menschen für Umverteilung auf die Straßen gehen, für eine Vermögenssteuer und –abgabe sowie die Bekämpfung der Steuerflucht.
www.umfairteilen.de

19. bis 21. April 2013
Attac-Ratschlag in Leipzig
Attac-Aktive und interessierte Nicht-Mitglieder treffen sich zum Frühjahrsratschlag in Leipzig. Der Ratschlag ist das höchste Entscheidungsgremium von Attac. Der Schwerpunkt des „Attac-Basistreffens" im Frühjahr liegt auf dem Erfahrungsaustausch und Strategiedebatten.

8. bis 12. Mai 2013
Attac-Aktionsakademie in Hamburg
Die Aktionsakademie bietet sowohl NeueinsteigerInnen als auch erfahrenen AktivistInnen eine tolle Möglichkeit, neue politische Aktionsformen kennen zu lernen oder die „Klassiker" wiederzuentdecken: politisches Straßentheater, Aktionsklettern, Sambatrommeln, Ziviler Ungehorsam, Anketten, die Vor- und Nachbereitung von Aktionen und vieles mehr.

11. Mai 2013
Attac-Regionaltreffen Schleswig-Holstein / Hamburg
Attacies aus Schleswig-Holstein und Hamburg kommen in Hamburg zum Regionaltreffen zusammen, um Erfahrungen auszutauschen und sich untereinander weiter zu vernetzen. Das Treffen ist eingebettet in die Aktionsakademie.

24. bis 26 Mai 2013
Umverteilen-Kongress in Berlin
Attac bereitet gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaft Verdi, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und anderen einen großen internationalen Kongress zum Thema Umverteilen in der Technische Universität Berlin vor.

31. Mai und 1. Juni 2013
Blockupy-Aktionstage 2013
Das Bündnis Blockupy Frankfurt trägt den europäischen Protest gegen die autoritär durchgesetzte Verarmungspolitik in der EU erneut auf die Straßen der Bankenstadt – mit Aktionen Zivilen Ungehorsams am Freitag und einer großen Demonstration am Samstag.

Mehr Informationen zu den Terminen:
www.attac.de/aktuell/veranstaltungen

Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.
Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen".
Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:
069–900 281–10

Menschen in Attac

Mein Steckenpferd ist Anti-Kohle

Tina Keller treibt die ökologische Krise um





Tina Keller engagiert sich bei Attac vor allem in der bundesweiten Arbeitsgruppe „Energie, Klima, Umwelt", kurz EKU-AG genannt. Die 28-Jährige hat Afrikanistik und Erziehungswissenschaft studiert und lebt in Duisburg und Göttingen, wo sie arbeitet. Zu Attac ist sie 2010 gestoßen.

Tina, du mischt seit zweieinhalb Jahren kräftig mit bei Attac. Wie hat es mit dir und Attac denn angefangen?
Das war im Sommer 2010 über Noya, das Attac-Jugendnetzwerk. Ein Freund hat mich gefragt, ob ich mir das mal anschauen will. Ich bin dann bei der Düsseldorfer Noya-Gruppe gelandet. Wir haben vor allem zu Lebensmitteln gearbeitet, was da drin ist und wie sie produziert werden – Stichwort „fairer Handel".

Dabei ist es aber nicht geblieben, oder? Du engagierst dich mittlerweile vor allem in der bundesweiten Arbeitsgruppe „Energie, Klima, Umwelt".
Ja, mein innerstes Anliegen war immer das Klima- und Energiethema. Für was brauchen wir Energie? Wie produzieren wir sie? Wie verteilen wir sie? Ich empfinde die Klima- und ökologische Krise als die dringlichste. Sie betrifft alle Menschen – und ist ganz stark verknüpft mit anderen Themen. Die ökologische Frage kann man nicht stellen, ohne das Wirtschafts- und Finanzsystem unter die Lupe zu nehmen.

Energie, Klima, Umwelt – das ist ein weites Feld. Hast du ein Hauptthema?
Mein Steckenpferd ist das Anti-Kohle-Engagement. Ich bringe die Kohlethemen in unsere Arbeitsgruppe ein und vernetze uns mit der Anti-Kohle-Bewegung, etwa mit der Basisinitiative „ausgeCO2lt", bei der ich auch aktiv bin. AusgeCO2lt kämpft für die Schließung der Tagebaue im rheinischen Braunkohlerevier, der größten CO2-Quelle Europas.

Warum Umweltthemen gerade bei Attac? Es gibt doch Umweltschutzorganisationen.
Mir gefällt, dass wir bei Attac die ökologische und die soziale Frage als untrennbar miteinander verknüpft ansehen. Nicht, hier der Klima- und Umweltschutz und da, in einer ganz anderen Ecke, die sozialen Kämpfe. Und mich spricht der Netzwerkcharakter von Attac an. In unserer AG kommen alle aus verschiedenen Ecken und bringen das ein: Anti-Kohle, Stadtwerke-Rekommunalisierung, kommunale Energiewende, Anti-Atom, die soziale Dimension des Klimawandels und die globale Ebene. Außerdem vernetzen wir uns bewusst mit anderen Gruppen.

Wie habe ich mir dein Engagement konkret vorzustellen? Sitzt du am Schreibtisch und schreibst Flugblätter?
Das gehört dazu. Ich mache aber auch viele Aktionen mit. In den letzten Monaten war ich viel im Hambacher Forst, den Aktive der Anti-Kohle-Bewegung besetzt hatten. RWE will den Forst roden, um den Tagebau auszuweiten. Im Herbst ist das Camp geräumt worden. Zusammen mit unserer AG war ich bei den Blockaden der RWE-Hauptversammlung in Essen. Naja, hat nicht ganz geklappt diesmal – da standen 300 Polizisten 150 Demonstrierenden gegenüber. Was ja aber zeigt: Sie nehmen uns ernst (lacht). Besser geklappt haben die Blockaden bei den Klimacamps: 2011 waren die Kohlebahnen auf dem RWE-Gelände ganze zwölf Stunden blockiert. Das war die erste Kohleblockade überhaupt in Deutschland! Dieses Jahr hat die Blockade zehn Stunden gehalten. Am nächsten Tag haben sich noch Leute an die Schienen gekettet.

Du hast mit blockiert und dich angekettet?
Ich war auf jeden Fall vor Ort (grinst). Vor den Klimacamps sind Leute von Attac und ausgeCO2lt am RWE-Kohlekraftwerk Niederaußem aufs Vordach des Infozentrums geklettert und haben ein Banner runtergelassen, auf dem stand „Raus aus Kohle und Atom!".

Kletterst du auch?
Ich kann nicht klettern, nee. Ich habe es einmal mit Baumklettern versucht, das war mir aber zu anstrengend (lacht). Ich bin eher eine Unten-Unterstützerin. In letzter Zeit habe ich mich vor allem um Pressearbeit gekümmert. Ich glaube, zumindest ein Teil des Erfolgs von Aktionen hängt davon ab, dass sie in Medien Beachtung finden. Pressearbeit hilft auch zu erklären, warum eine Aktion gemacht wird.

Ändert das, was du machst, etwas?
(Überlegt). Ich glaube, was wir machen, bewirkt etwas. Etwa, dass sich der Tenor in den lokalen Medien geändert hat. Im ersten Jahr waren wir nur „Camper", dann „Aktivisten". Da wurde schon deutlich: Die wollen was. Oder wenn lokale RWE-Manager in Leserbriefen gegen das Klimacamp hetzen. Da merkt man, dass sie es nötig haben, auf unsere Kritik zu reagieren. Und wir werden mehr Menschen, unsere Vernetzung wird immer besser. Ob wir den Klimawandel stoppen werden? Ich weiß es nicht. Aber ich habe diese Hoffnung: dass wir Menschen aufwachen und das System verändern können. Daran glaube ich. Ich weiß auch nicht, was die Alternative wäre. Nichts zu tun, wäre keine.

Interview: **Frauke Distelrath**

13. April 2013
Aktionstag Umfairteilen

Die dramatische Ungleichverteilung ist eine wichtige Ursache und gleichzeitig die Folge der aktuellen Eurokrise. Während die Gesellschaft für die Finanzierung der teuren Bankenrettungen und die hohen Schuldendienste durch massive Sozialkürzungen aufkommen soll, werden die Reichsten reicher und die öffentliche Hand immer ärmer. Dagegen fordern wir Umfairteilung für Bildung, für Pflege, für öffentliche Infrastruktur, für Gesundheit …
In vielen Städten sind Attacies schon aktiv in den lokalen Bündnissen „Umfairteilen! Reichtum besteuern!". Und wo das nicht ist, kann es ja noch werden: im letzten Spätsommer gelang es in insgesamt fünfzig Städten, Gewerkschaften, Sozialverbände, Attac und andere Organisationen an einen Tisch und am 29. September 2012 auf die Straße zu bringen. Jetzt hat das zweite Jahr des Bündnisses begonnen, ein Jahr mit Bundestagswahl und vielen wichtigen Entscheidungen über die bundesdeutsche Politik hinaus. Das sind weitere aktuelle Gründe, beim Thema Umverteilung nicht locker zu lassen. Der 13. April macht den Auftakt, weitere Aktionen und große Demos sollen folgen.
Dezentrale Aktionen leben von ihrer Vielfalt und Kreativität. Wie wäre es mit einer Rückwärtsdemo durch die Stadt, gegen den sozialen Rückschritt oder eine Menschenkette zwischen sozialem Brennpunkt und Reichenviertel? Warum nicht die Misthaufenaktion, die Attac am 3. Januar vor dem Bundestag durchführte, wiederholen? Oder mit Großpuppen und Straßentheater viele Leute aufmerksam machen? Satirische Jubeldemos machen Beteiligten und Vorübergehenden Spaß: „Wir sind 1%, haben schon die Hälfte und wollen jetzt den Rest". Ein bisschen albern, aber ein Hingucker ist das große Geldsackhüpfen, das viele Neugierige dazu bringt, sich einen Flyer mitzunehmen.



Natürlich gehören auch die Klassiker zum Programm des Tages: Kundgebungen mit lokalen und überregionalen RednerInnen, Demonstrationen, Mahnwachen und vieles mehr.

Mehr Informationen:
www.umfairteilen.de/start/mitmachen/aktionsleitfaden

10. bis 29. Mai 2013
Sammelcamp in Berlin



Das Land Berlin ist Schlusslicht der Energiewende. Dies zu ändern hat sich der Berliner Energietisch zum Ziel gesetzt. Der von Attac Berlin mitinitiierte Energetisch ist ein offenes Bündnis aus 50 lokalen Organisationen, das die Berliner Energieversorgung ökologischer, sozialer und demokratischer gestalten will. Deswegen setzt er sich für die Rekommunalisierung der Stromnetze und die Gründung eines kommunalen Stadtwerkes ein. Dazu wurde im März letzten Jahres das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin" gestartet, welches nun im Februar 2013 in die zweite Stufe geht. Vom 11. Februar bis zum 10. Juni müssen nun 200.000 Unterschriften gesammelt werden, um einen Volksentscheid mit bundesweiter Strahlkraft zur Bundestagswahl zu ermöglichen.

Der Berliner Energietisch braucht Eure Unterstützung und lädt Euch deshalb im Mai für ein paar Tage nach Berlin ein. Vom 10. bis 29. Mai organisiert der Berliner Energietisch ein Aktions- und Sammelcamp. Im alternativen Kultur- und Bildungszentrum (KuBiZ) in Berlin-Weißensee bringen wir in dieser Zeit Menschen unter, die mit uns ganztägig an den belebtesten Plätzen der Stadt sammeln gehen. Mindestens 25.000 Unterschriften sind das Ziel. Was erwartet Euch? Neben kostenfreier Unterkunft für 30 Personen und ökologisch-vegetarischer Verpflegung natürlich jede Menge Spaß auf der Straße und drumherum ein Programm mit Workshops, Aktionen und Partys. Das Aktions- und Sammelcamp ist ein Angebot an SammlerInnen außerhalb von Berlin, die uns mindestens für drei Tage unterstützen und zum Ende der 2. Stufe noch einmal richtig loslegen wollen.

Alle Informationen zum Berliner Energietisch, dem Volksbegehren und dem Aktions- und Sammelcamp findet Ihr unter:
www.berliner-energietisch.net

Anmeldung und Fragen zum Camp an Jens-Martin Rode (Koordinator der Unterschriftensammlung):
rode@berliner-energietisch.net

Frühjahrsratschlag vom 19. bis 21. April 2013 in Leipzig

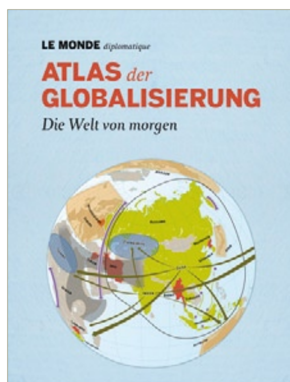
Liebe Attacies, liebe SympathisantInnen, liebe Interessierte,

wir laden Euch recht herzlich zum bundesweiten Frühjahrsratschlag von Attac ins wunderschöne Leipzig ein. Freut Euch auf spannende Diskussionen, Workshops und viel Raum zum Kennenlernen, Netzwerken, Projekte besprechen und neue Pläne schmieden. Der Ratschlag tagt wie immer vollkommen öffentlich – willkommen sind alle, die sich für Attac und unsere Arbeit interessieren, sich einbringen und informieren wollen oder aber einfach schon immer mal wissen wollten, wie wir so ticken. Die systemische Krise steht auch 2013 im Mittelpunkt, und in diesem Kontext werden die zentralen Themen des Ratschlags Umverteilung, Blockupy und Demokratisierung sein. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit sich in die verschiedenen Arbeitszusammenhänge von Attac einzubringen. Sei dabei, komm nach Leipzig und schraub mit uns gemeinsam daran, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern, denn: Eine andere Welt ist möglich!

Eure Ratschlags-Vorbereitungsgruppe

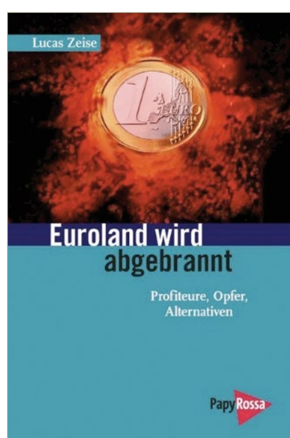
www.attac.de/ratschlag

Aus dem Attac-Shop



Le Monde Diplomatique (Hg.): Atlas der Globalisierung 2012 – Die Welt von morgen

Wer bekommt die Seltenen Erden aus China? Was machen die Neonazis in Europa? Welche Folgen hat der Landraub für Afrika? Wie verändert der Drogenkrieg die Staaten Mittelamerikas? Antworten auf diese und alle anderen wichtigen Fragen von morgen gibt der neue Atlas der Globalisierung.
Der „beste politische Reiseführer der Welt", wie die Herausgeber den Atlas der Globalisierung zu Recht rühmen, führt in fünf Kapiteln durch die Welt von morgen. Themen sind unter anderem Chinas Aufstieg zum Exportweltmeister, der neue Seeweg durch das Packeis, der Kampf um die richtige Landwirtschaft, das Online-Universum, Japan nach Fukushima, das Jahr der Arabellion und die Berechnung des Happy-Planet-Index. Komplexe und zentrale Themen wie der Handel im neoliberalen Zeitalter oder die Frage nach der richtigen Landwirtschaft erhalten mehr Raum als in früheren Ausgaben. So kommen Fakten ans Licht, die in der täglichen Medienberichterstattung kaum Erwähnung finden. Die Lektüre dient nicht der leichten Erbauung, aber sie ist eine wichtige Grundlage für die Suche nach neuen innovativen Wegen hin zu einer gerechteren Gesellschaft, zu einer gerechteren Welt.
Broschiert, 176 S., 14,00 EUR [3212]



Lucas Zeise: Euroland wird abgebrannt: Profiteure, Opfer, Alternativen

Die Krise EU-Europas und der Euro-Währungsunion hat sich schlimmer und radikaler entwickelt, als selbst Pessimisten angenommen hatten. Lucas Zeise gibt dem Überleben des Euro keine Chance mehr. Er erklärt, warum dessen auf die Interessen der deutschen Unternehmen zugeschnittene Konstruktion diese katastrophale Entwicklung geradezu herausgefordert hat. Das Diktat der Finanzmärkte über die Politik war gewollt, ebenso wie der Wettbewerb der Staaten um die Gunst des großen Geldes. Kein Wunder, dass die globale Finanzkrise sich im Europa des Euro besonders verheerend auswirkt. Zeise liefert einen knappen Wegweiser durch die Etappen der Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise Eurolands und begründet, weshalb die Rettung aus der Misere weder aus einem neuen Spardiktat der deutschen Regierung noch der Regierungsübernahme durch die Europäische Zentralbank bestehen kann. Auswege aus der Krise sieht er in einem einheitlichen Schuldenschnitt sowie im Beginn einer Umverteilung des Reichtums.
Lucas Zeise ist seit mehr als 20 Jahren Finanzjournalist, er war unter anderem Redakteur der Financial Times Deutschland.
Broschiert, 142 S., 11,90 EUR [2211]



Dossier Publik-Forum: Gefährlicher Reichtum – Warum wir eine gerechte Verteilung brauchen

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Die Reichen werden reicher – doch in Kindergärten, Schulen, Universitäten, Pflegeheimen, Jugendhäusern oder für Maßnahmen gegen Armut fehlt es an Geld. Die Staaten verschulden sich immer mehr – doch ihre Schulden sind nur das Spiegelbild der wachsenden privaten Vermögen. Viele Politiker, Unternehmer und Wissenschaftler haben jahrzehntelang die Umverteilung von unten nach oben betrieben, befeuert und gerechtfertigt. Sie unterwerfen ganze Gesellschaften einer Schuldenbremse, während sie den Gegenpol der Schulden, die Vermögen, lieber nicht antasten.
Dossier, 16 S., 2 EUR [3209]

Wie bestellen?

Bestellt werden kann im Attac-Shop unter:
www.attac.de/shop
aber auch telefonisch unter:
069–900 281–10
per Fax an:
069–900 281–99
oder per E-Mail an:
info@attac.de
Bitte, so vorhanden,
die [Bestellnummer] angeben.

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:
Tel.: 069–900 281–10
oder per E-Mail an:
info@attac.de
Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Ausserdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung:
datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail:
info@attac.de
www.attac.de
Produktion:
Attac Trägerverein e. V.
Redaktion:
Jule Axmann, Lena Bröckl,
Frauke Distelrath, Mike Nagler,
Karsten Peters, Werner Rätz,
Gabriele Rohmann, Kay Schulze
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

ALTER SUMMIT

Aufruf zu einem Alternativgipfel

Die vermeintlich alternativlose Kürzungspolitik, die ausufernden Eingriffe in den Sozialstaat kennen kaum noch Grenzen. Neben vielen anderen Initiativen hat sich ein breites Bündnis von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aus der gesamten EU zusammen gefunden, um einen Alternativgipfel zu organisieren, der vom 7. bis zum 9. Juni in Athen stattfinden wird. Neben dem wichtigen Austausch über die vorhandenen und tragfähigen Alternativen zur vorherrschenden neoliberalen Politik soll hiermit ein Prozess ins Leben gerufen werden, der die Stimmen von Menschen in Europa hörbar macht und konkrete Maßnahmen für eine andere Politik einfordert, zum Beispiel im Bereich soziale Rechte, bei den Schulden der öffentlichen Hand, der Bankenregulierung und ökologischer Transformation.

Aktuelle Informationen und demnächst auch Anmeldung unter

www.altersummit.eu



Foto: Julia Lipke

Umgezogen?
Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069–900 281–10
oder per E-Mail an:
info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN
Der CO_2-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Erfolg Finanztransaktionssteuer

Und weitermachen!



Foto: www.echtfotografie.de

Ende Januar gab es eine gute Nachricht: Die Finanztransaktionssteuer ist auf EU-Ebene endlich beschlossene Sache!
Wir erinnern uns: Attac wurde in Frankreich als „Association pour la taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens" aus der Taufe gehoben und auch die zwei Jahre später gegründete deutsche Attac-Sektion trug zu Beginn die Regulierungsforderung im Namen: „Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte".
Die Einführung der Finanztransaktionssteuer ist nach über 13 Jahren beharrlicher Attac-Kampagnenarbeit ein riesiger Erfolg! Eine Idee, die viele Jahre lang von Politikern und Regierungen verlacht und als undurchführbar abgetan wurde, wird endlich umgesetzt. Damit ist der Beweis erbracht: Regulierung ist machbar! Es ist sogar möglich, auf internationaler Ebene neue Steuern auf Finanzgeschäfte zu erheben – die Meinungs- und Handlungshoheit der Finanzmarkt-Lobby konnte zum ersten Mal spürbar gebrochen werden. Allein das ist ein riesiger Erfolg, zu dem Attac entscheidend beigetragen hat!
Natürlich sind wir uns darüber bewusst, dass die Verwendung des Steueraufkommens für die von uns geforderte Bekämpfung der weltweiten Armut nicht ganz oben auf der Agenda der Mächtigen steht. Hier müssen wir dranbleiben – gemeinsam mit Euch müssen wir den Druck „von unten" für die zweite Etappe der Steuer gegen Armut aufrechterhalten!
Weiterhin knüpfen wir in den nächsten Monaten mit zahlreiche Aktionen zum Thema „Umverteilen" an ein wichtiges Thema des letzten Jahres an: Mit dem Bündnis Umfairteilen findet am 13. April ein dezentraler Aktionstag statt – bei dem wieder Tausende in vielen deutschen Städten auf die Straße gehen und ein Ende der dramatische Ungleichverteilung fordern. Ein großer Umverteilen-Kongress wird im Mai in Berlin folgen, bevor im Finanzzentrum Frankfurt bei Blockupy II der Protest wieder zu den Banken getragen wird.
Neben dem Engagement vieler Aktivistinnen- und Aktivisten sind wir für die Realisierung dieser Projekte auch auf Eure finanzielle Unterstützung angewiesen: Bitte unterstützt uns weiterhin, damit wir an den vielen Fronten aktiv bleiben können – **vielen Dank!**

www.attac.de/spenden

Beleg/Quittung für den Kontoinhaber

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Begünstigter
Attac Trägerverein e.V.
Konto-Nr. des Begünstigten
800 100 800
Kreditinstitut des Begünstigten
GLS Gemeinschaftsbank eG
Betrag: Euro, Cent
EUR
Kunden-Referenznummer
- noch Verwendungszweck (nur für Begünstigten)
RBF1301-S
Kontoinhaber/Einzahler: Name

(Quittung bei Bareinzahlung)

Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts
Bankleitzahl

Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

Begünstigter: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)
Attac Trägerverein e.V.
Konto-Nr. des Begünstigten
800 100 800
Bankleitzahl
430 609 67
Kreditinstitut des Begünstigten
GLS Gemeinschaftsbank eG
EUR
Betrag: Euro, Cent:
Kunden-Referenznummer - noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Überweisenden - (nur für Begünstigten)
RBF1301-S
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen ŕ 27 Stellen)
Kontoinhaber/Einzahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)
Konto-Nr. des Kontoinhabers

SPENDE

Datum, Unterschrift